

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 58 (1983)
Heft: 6

Vereinsnachrichten: Verbandskongress 1983

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verbandskongress 1983

Am 11. und 12. Juni 1983 findet in Sierre der im zweijährigen Turnus zur Durchführung gelangende Kongress unseres Verbandes statt. Nebst der Behandlung der statutarischen Geschäfte dient der Kongress der Diskussion von Problemen, denen die Baugenossenschaften im Interesse einer erfolgreichen Aufgabenerfüllung grosse Aufmerksamkeit schenken müssen.

Unser Verband darf mit gutem Recht in Anspruch nehmen, dass er sich unter ständig wandelnden Voraussetzungen schon seit acht Jahrzehnten für die Wohnbedürfnisse eines erheblichen Teils unserer Bevölkerung einsetzt. Die in unserem Verband zusammengeschlossenen Baugenossenschaften haben Entscheidendes dazu beigetragen, dass der genossenschaftliche Wohnungsbau nicht mehr aus der modernen Sozialpolitik wegzudenken ist.

Seit der Gründung des Verbandes am 20. September 1919 versuchte er, die Baugenossenschaften zu sammeln, Erfahrungen auszutauschen und über Tagungen und Kurse Lernprozesse in Gang zu bringen. Das Studium der Wohnungsprobleme in den verschiedensten Aspekten wurde zu einer ständigen Verbandsaufgabe. Der Ausbau unseres Verbandssekretariates und unseres Verbandsorganes «das wohnen» sowie die Erstarbung der Sektionen ermöglichten es, dass die Behörden immer wieder mit den Wohnungsfragen konfrontiert werden konnten.

Ein Verbandskongress ist auch Anlass zur Besinnung auf Erreichtes und Zurückgebliebenes. So zum Beispiel die Gestaltung und Verhaltensweise der Baugenossenschaften in der heutigen Gesellschaft mit ihren gegenüber den zwanziger Jahren stark veränderten Lebensbedingungen.

Die Geschichte der Entwicklung im genossenschaftlichen Wohnungsbau vom Ersten Weltkrieg über

den Höhenflug in den zwanziger Jahren, den Einbruch in den krisengeschüttelten dreissiger Jahren, den neuerlichen Boom nach dem Zweiten Weltkrieg, das Auf und Ab seit den fünfziger Jahren zeigt sehr deutlich die zahlreichen Widersprüche auf, die dem Wesen der Baugenossenschaften ohne deren eigene Schuld anhaften. Nämlich, dass die Baugenossenschaften sehr rasch Gefahr laufen, strukturell überfordert zu werden. Widersprüchlich sind vor allem die unterschiedlichen Funktionsanforderungen. Einerseits ist die Genossenschaft eine binnenorientierte freie Assoziation, andererseits ist sie ein zur Wirtschaftlichkeit angehaltener Geschäftsbetrieb. Sie ist aber auch der Solidarität gegenüber weitesten Schichten der Bevölkerung ebenso verpflichtet wie den Gründern, die vorab ihre eigenen Wohnbedürfnisse zu erfüllen versuchten. Die genossenschaftliche Selbsthilfe beruht im wesentlichen auf dem Solidaritätsgedanken: nämlich einer für alle, alle für einen! Die jeweiligen Gründungen werden vielfach von sozial und kulturell homogenen Gruppen getragen. In der Regel trägt dann die Solidarität problemlos bis zur Versorgung aller Ursprungsgenossenschaftler. Ist diese Versorgung der Ursprungsgenossenschaftler erreicht, so erlahmt vielfach die Selbsthilfedynamik. Die Frage taucht dann immer wieder auf: Warum sich vergrössern? Der wohnpolitische Selbsthilfegedanke sei doch grundsätzlich selbstversorgerisch! Selbsthilfe und Selbstverwaltung im Wohnungsbau ernst genommen, würde heissen Expansion nach dem Muster ständiger Neugründungen, und nicht Expansion bestehender Genossenschaften.

Die Erfahrungen zeigen aber, dass grössere Baugenossenschaften eher in der Lage sind, mit den Entwicklungen auf dem Boden- und Baumarkt Schritt zu halten. Im Gegensatz zu ausländischen Beispielen

ist der Genossenschaftsgedanke bei uns lebendiger geblieben, dies ungeachtet aller Veränderungen im gesellschaftlichen Bereich.

Heute ist der Kapital- und Erfahrungsbedarf im Baubereich derart hoch, dass er mit Begeisterung allein nicht kompensiert werden kann. Neugründungen kommen daher ohne Hilfe bestehender Genossenschaften kaum mehr über die erste Runde. Der Solidaritätsfonds, getragen von den in unserem Verband zusammengeschlossenen Genossenschaften, ist hier eine echte Hilfe. Eine weitere gewichtige Hilfe ist der von unserem Verband verwaltete und mit Darlehen des Bundes gespeisene Fonds de Roulement.

Die ständig steigende Nachfrage nach diesen Hilfen beweist deren Notwendigkeit und Wirksamkeit. Diese Nachfrage ist aber auch Beweis für die trotz allen Schwierigkeiten nicht verlorengegangene Aktualität des genossenschaftlichen Wohnungsbaues. Diese Aktualität ist, abgesehen von der längst nicht gesicherten Wohnungsversorgung, gegeben in den positiven Bilanzpunkten der Baugenossenschaften: wie Wohnzufriedenheit, der Möglichkeit einer demokratischen Kontrolle durch die Mieter, dem Ausschluss der Spekulation und dem Mittelweg zwischen Privat- und Kommunalwohnungen.

